



Nr. 29

25. Juli 2013

## Inhalt

[Nach dem Tod rumänischer Arbeiter – dbb sieht Politik in der Pflicht zu handeln](#) +++

[Verbraucherschutz-Präsident: System der Lebensmittelüberwachung funktioniert](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW bereitet Musterwiderspruch für Mitglieder vor](#) +++  
[tbb im Gespräch mit Justizminister](#) +++

[Steuer-Gewerkschaft zum Datenaustausch der Finanzverwaltungen: Mehrertrag gering](#) +++

[BDZ-Verhandlungserfolg: ZORA und SRA werden zusammengeführt](#) +++

[Unhaltbare Zustände in der Beihilfebearbeitung – VBB sieht Lösungsmöglichkeiten](#) +++

[Philologenverband fordert IT-Profis an Schulen](#) +++

[Öffentlicher Gesundheitsdienst: Unterstützung für mehr Masernimpfungen](#) +++

[Neue Aufgabenverteilung im VRB](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

## Nach dem Tod rumänischer Arbeiter – dbb sieht Politik in der Pflicht zu handeln

**(dbb) Nach dem Brandunglück, bei dem zwei rumänische Werftarbeiter in ihrer Unterkunft im niedersächsischen Papenburg ums Leben gekommen waren, hat der dbb das Fehlen durchsetzbarer Mindeststandards für die Qualität von Arbeiterunterkünften kritisiert und die Politik dazu aufgefordert, für klarere Regelungen zu sorgen.**

Ulrich Silberbach, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Chef der komba gewerkschaft für Beschäftigte im Kommunal- und Landesdienst, sagte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 23. Juli 2013), eine wirksame Durchsetzung von Mindeststandards für Arbeiterunterkünfte sei in der Praxis sehr schwierig. „Gerade bei der Wohnraumthematik bewegen sich die Behörden leider allzu oft in einer Grauzone“, so Silberbach. „Kaum ein Gesetz schreibt vor, wie viel Platz einem Menschen zur Verfügung stehen muss – konkrete Regelungen wie beispielsweise im Berliner Wohnungsaufsichtsgesetz sind die Ausnahme, nicht die Regel.“ Silberbach mahnte klarere Bestimmungen an. „Anstatt die Behörden im juristischen Niemandsland allein zu lassen, sollte die Politik in dieser Angelegenheit Verantwortung übernehmen und ihren Gestaltungsauftrag erfüllen.“

Laut Arbeitsstättenverordnung müssen Arbeitsräume wie auch Unterkünfte eine „ausreichende Grundfläche und Höhe sowie einen ausreichenden Luftraum aufweisen“. Unterkünfte müssen zudem „entsprechend ihrer Be-

gungszahl“ mit Wohn- und Schlafbereich, Essbereich und Sanitäreinrichtungen ausgestattet sein. Gewisse Anhaltspunkte finden sich in einem Katalog von Anweisungen, den die Bundesagentur für Arbeit (BA) bei grenzüberschreitender Arbeitsvermittlung etwa von Saisonkräften für die Landwirtschaft zugrunde legt. Dort sind als Sollwerte unter anderem eine Fläche von mindestens sechs Quadratmeter Schlafräum je Person und eine Höchstzahl von sechs Personen je Schlafzimmer genannt. Für rumänische Entsendearbeitnehmer wie im aktuellen Fall sind diese Richtlinien aber nicht unmittelbar verbindlich. Experten hätten der FAZ bestätigt, so schreibt das Blatt, dass in der Praxis eine Durchsetzung von Standards - soweit überhaupt vorhanden - überdies an die Zuständigkeitsgrenzen der Gewerbeaufsicht stößt: Diese hat zwar die Aufgabe, die Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung in allen Einrichtungen auf dem Betriebsgelände zu kontrollieren, jenseits des Betriebsgeländes wird es jedoch schwierig.

(01/29/13)

## Verbraucherschutz-Präsident: System der Lebensmittelüberwachung funktioniert

**(dbb) Der Präsident des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelkontrolle (BVL), Helmut Tschiersky, bewertet die große Zahl veröffentlichter Warnungen vor unsicheren Lebensmitteln positiv. Diese zeige, „dass das System der Lebensmittelüberwachung in Deutschland funktioniert“, sagte Tschiersky dem „dbb magazin“ (Ausgabe Juli/August 2013). „Hersteller und Händler werden der Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte gerecht, die ihnen das Gesetz zuweist.“**

Der Präsident verwies auf das gemeinsame Infoportal von BVL und Ländern [www.lebensmittelwarnung.de](http://www.lebensmittelwarnung.de), das seit 2011 online ist. Über 4,5 Millionen Besucher haben diese Warnungen seither angeklickt, 4.000 Verbraucher folgen regelmäßig über Twitter. „Viele Meldungen im Portal sind Folge betrieblicher Eigenkontrollen und von Rückrufen der Unternehmen“, sagte Tschiersky. Gemessen am riesigen Angebot von Lebensmitteln und an den globalen Warenströmen sei das Niveau der Lebensmittelsicherheit in Deutschland und

Europa „insgesamt so hoch wie noch nie“. Dennoch werde man in einem so sensiblen Bereich wie der Lebensmittelerzeugung auch immer mit Risiken leben, „auf die wir uns einstellen und denen wir mit entsprechenden Maßnahmen begegnen müssen“.

Als für das Risikomanagement unverzichtbar bezeichnete Tschiersky die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und Bund, aber auch die Verzahnung mit der EU und ihren Mitgliedstaaten. Dazu gehöre beispiels-

weise das Europäische Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel RASFF, dessen nationale Kontaktstelle beim BVL angesiedelt ist. Eine Taskforce beim BVL, in der Vertreter der Bundesländer, des BVL, des Bundesinstituts für Risikobewertung, des Robert-Koch-Instituts und der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erstmals bei der Bekämpfung der EHEC-Krise zusammengearbeitet und die Ursache des EHEC-Ausbruchs aufgeklärt hatten, habe sich im vergangenen Jahr bei der Aufklärung des Norovirus-Ausbruchs erneut bewährt und sei inzwischen institutionalisiert worden.

Mit Blick auf den Lebensmittelhandel im Internet empfahl Tschiersky den Verbrauchern, in Onlineshops einzukaufen, die mit den D21-Siegeln versehen sind. „Diese Siegel garantieren gewisse Standards wie Datensicherheit und Bonität des Verkäufers. Es ist geplant, noch weitere Qualitätskriterien an diese Siegelvergabe zu knüpfen, damit die Sicherheit von Lebensmitteln auch beim Einkauf im Internet gewährleistet ist.“  
(02/29/13)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **DBB NRW bereitet Musterwiderspruch für Mitglieder vor**

**(dbb) Nachdem die rot-grüne Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag das – auch nach Expertenmeinung -verfassungswidrige Besoldungsanpassungsgesetz beschlossen hat, bereite der DBB NRW nun einen Musterwiderspruch für seine Mitglieder vor, wie der Landesbund am 22. Juli 2013 mitteilte.**

Das Gesetz sieht zwei Nullrunden ab der Besoldungsgruppe A 13 sowie eine „Erhöhung“ der Besoldung von zweimal nur einem Prozent für Beamte der Besoldungsgruppen A 11 und A 12 vor.

Zur Wahrung der individuellen Besoldungsansprüche ist es erforderlich, dass jeder Betroffene persönlich Widerspruch gegen die Besoldung einlegt. Die Frist hierfür ist der 31. Dezember 2013. Der Widerspruch muss gegebenenfalls jedes Jahr wiederholt werden. Der Musterwiderspruch, den der DBB NRW vorbereitet, soll den Mitgliedern im September 2013 zur Verfügung gestellt werden.

Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DBB NRW, bedankte sich für die vielfältige und engagierte Unterstützung durch Ideen und Taten in den vergangenen Monaten des Protests gegen das Besoldungsanpassungsgesetz. „Die breite Unterstützung, die wir durch die vielen Kolleginnen und Kollegen erfahren haben, ist für uns Verpflichtung, auf dem von uns eingeschlagenen Weg weiterzugehen: Wir kämpfen weiter für eine gerechte Besoldung“, versicherte Guntermann.  
(03/29/13)

### **tbb im Gespräch mit Justizminister**

**(dbb) Am 18. Juli 2013 haben sich der Thüringer Justizminister Holger Poppenhäger, der Vorsitzende des Beamtenbundes Thüringen (tbb), Helmut Liebermann, sowie Gerd Schulz (BSBD) und Fred Siegert (DJG) zu einem Meinungsaustausch getroffen.**

Thema war unter anderem die in absehbarer Zeit geplante Errichtung der Gemeinsamen Justizvollzugsanstalt von Thüringen und Sachsen in Zwickau. Bei der noch zu schließenden Verwaltungsvereinbarung werden die Interessen der Thüringer Bediensteten einen wesentlichen Bestandteil bilden, so Poppenhäger. Die

Personalvertretungen und die Spitzenverbände würden frühzeitig und umfassend einbezogen.

Der Thüringer Justizminister strebe gemeinsam mit dem Innenministerium die Aufwertung des einfachen Justizwachtmeisterdienstes an, teilte der tbb weiter mit. Diese Laufbahngruppe soll in den mittleren Dienst angehoben und überführt

Werden, was Liebermann befürwortete.

„Der Thüringer Justizminister und der Vorsitzende des tbb begrüßen ebenfalls übereinstimmend, dass die aktuellen Tarifergebnisse im Rahmen der anstehenden Besoldungserhöhung im Wesentlichen übernommen werden,

wenn auch die vorgesehenen erheblichen Verzögerungen bei den Anpassungsschritten nach Auffassung des tbb einer Korrektur bedürfen“, heißt es in der gemeinsamen Pressemitteilung beider Seiten.  
(04/29/13)

## Steuer-Gewerkschaft zum Datenaustausch der Finanzverwaltungen: Mehrtrag gering

**(dbb) Die Mehrerträge durch die Vernetzung der EU-Finanzverwaltungen und den automatischen Datenaustausch sind hier zu Lande bislang gering. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Ausgabe vom 22. Juli 2013) unter der Überschrift „Der gläserne EU-Steuerbürger rückt näher“ berichtete, laufe die Datenverarbeitung im Bundeszentralamt für Steuern noch nicht reibungslos. Darunter, so das Blatt, litten die Empfänger in den Bundesländern, die ihrerseits die Sendungen an die Finanzämter weiterleiten wollen – sie erhalten verspätet die „dringend erwartete Post“ und diese sei zudem schwer lesbar.**

„Die Kontrollmitteilungen kommen im Grunde in Papierform auf die Finanzämter nieder“, sagte der Vorsitzende der DSTG und dbb Vize Thomas Eigenthaler der Zeitung. In einem großstädtischen Finanzamt gehe es um etwa ein halbes Prozent der Steuerzahler. Die Mehrerträge je Fall sind nach seinen Erkenntnissen nicht sehr groß. Doch bisher habe man es mit Ländern zu tun, die nicht so wichtige Anlageziele seien. „Jemand, der Schwarzgeld bunkert, jemand, der Anlagen verschleiern will, geht natürlich nicht in Länder, die der EU-Zinsrichtlinie unterliegen“, so Eigenthaler. Viele Anleger suchten ihr Heil in den EU-Mitgliedstaaten Luxemburg und Österreich sowie der Schweiz und Liechtenstein, die beim intensiven Datenaustausch bisher nicht mitmachen. Stattdessen überweisen diese Länder

anonym einen Steuerrückbehalt an den deutschen Fiskus.

Zu den Zinseinkünften in EU-Staaten kommt der Datenfluss langsam in Gang. Die Daten zu den Jahren 2005 und 2006 haben die Bundesländer 2009 erhalten. Vergangenes Jahr sind ihnen die Werte für 2007 und 2008 geschickt worden. Derzeit sollen die Mitteilungen für die Jahre 2009, 2010 und 2011 fließen. Aus Sicht der Steuer-Gewerkschaft kommt das zu spät. „Das heißt, die Information ist nicht in der Akte, wenn man die laufende Einkommensteuererklärung veranlagt“, sagte Eigenthaler. „Das Ärgerliche ist also, dass man den Fall noch mal in die Hand nehmen muss. Das behindert immer die Arbeit, wenn man zurückgehen muss.“  
(05/29/13)

## BDZ-Verhandlungserfolg: ZORA und SRA werden zusammengeführt

**(dbb) Die Grundsatzentscheidung über die Zusammenführung von Risikoanalyse Zoll (ZORA) und der Sicherheitsrisikoanalyse (SRA) unter dem Dach des Zollkriminalamts (ZKA) unter Beibehaltung der bestehenden Standorte ist gefallen. Dies sei das Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen von BDZ-Chef Klaus H. Leprich mit den Spitzenvertretern des Bundesfinanzministeriums (BMF), Staatssekretär Werner Gatzer und Zollabteilungsleiter Julian Würtenberger, wie der BDZ am 22. Juli 2013 mitteilte. Die Risikoanalyse für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) wird bei der Bundesfinanzdirektion West angesiedelt, habe Würtenberger Leprich mitgeteilt.**

Der BDZ hatte gegenüber dem BMF die Errichtung einer „Bundesrisikoanalyse“ beim ZKA vorgeschlagen, um Redundanzen zu beseitigen sowie die Beschau- und Kontrolltätigkeit effizienter und schwerpunktorientierter auszurichten. In Gesprächen mit der Leitungsebene des BMF hatte Leprich die fachlichen, organisatori-

schen und personalwirtschaftlichen Argumente vorgetragen, die für eine Verschmelzung sprechen.

Ausgangspunkt der Initiative des BDZ waren unter anderem Empfehlungen des Bundesrechnungshofs, die Risikoanalyse im Bereich

der FKS operativ und strategisch bei der Zentralen Facheinheit der Bundesfinanzdirektion West anzusiedeln. Zu diesem Ergebnis war der BRH aufgrund einer Prüfung der Organisation und Arbeitsweise der ZORA gekommen. Zuvor hatte bereits die „Werthebach-Kommission“ die Zusammenlegung von ZORA und SRA empfohlen. Angesichts des Berichts der Kommission der Europäischen Union (EU) zum Stand der Risikoanalyse in den EU-Mitgliedstaaten hatte der BDZ vor einer Zersplitterung von klassischer Risikoanalyse und Sicherheitsrisikoanalyse gewarnt.

Leprich begrüßte die sich jetzt abzeichnende Entwicklung als „einen Beitrag zur Stärkung

des Zollrisikomanagements in Deutschland und Europa“. Der Zoll sei die einzige Behörde, die einen vollständigen Überblick und die volle Verantwortung für die Kontrolle sämtlicher Waren habe, die die Außengrenzen der EU passieren und ungehindert innerhalb des gesamten Zollgebietes der EU befördert werden könnten, sobald sie zollseitig in einem EU-Mitgliedsstaat in den freien Verkehr überführt worden seien. Diese herausragende Stellung des Zolls in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands werde mit der Grundsatzentscheidung des BMF anerkannt, so der BDZ-Vorsitzende. (06/29/13)

## Unhaltbare Zustände in der Beihilfearbeitung – VBB sieht Lösungsmöglichkeiten

**(dbb) Nach massivem Drängen des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB) scheint sich eine Lösung abzuzeichnen, um die „unerträgliche Situation“ bei der Beihilfearbeitung zumindest zu mildern.**

Der VBB verwies am 25. Juli 2013 nochmals darauf, dass derzeit Beihilfeberechtigte bis zu drei Monaten auf die Erstattung ihrer Ansprüche aus der Beihilfe warten müssen und Beihilfefestsetzer der Flut der zu bearbeitenden Anträge nicht mehr Herr werden können. Nun werde hoffentlich schnellstmöglich eine Entspannung der Lage für alle Beteiligten erreicht.

In einem Gespräch am 24. Juli 2013 mit dem Bundesvorsitzenden des VBB, Wolfram Kamm, habe der zuständige Staatssekretär Stéphane Beemelmans mitgeteilt, dass man dem Problem mit Abschlagszahlungen in Höhe von 75 Prozent der beantragten Summe begegnen will. Zur Entlastung der Beihilfefestsetzer sollen 50 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

zeitlich befristet im Wege der Amtshilfe eingesetzt werden -- unter anderem vom zentralen Personal- und Servicedienstleister der Deutschen Telekom AG (Vivento) und der Postbetriebskrankenkasse -- und zwar sowohl für die Zahlung des Abschlages als auch zur Festsetzung des Beihilfeanspruches.

Die Rückstände in der Beihilfearbeitung betreffen laut VBB zu etwa 90 Prozent die Ruhestandsbeamtinnen und -beamten. Die vorgesehene externe Personalverstärkung soll zum Abbau der bis zu 50.000 unbearbeiteten Anträge beitragen. (07/29/13)

## Philologenverband fordert IT-Profis an Schulen

**(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) fordert hauptamtliche IT-Profis an Schulen. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 16. Juli 2013) sagte DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger: „Jede größere Firma, jede Kommune und Behörde hat EDV-Experten.“ Die Schulen aber lasse man damit allein. Derzeit erledigten Lehrer in ihrer Freizeit den Computer-Service und erhielten dafür eine lächerlich geringe Stundenentlastung.**

Ohne professionelle Betreuer würden technische Probleme immer wieder den Unterricht erheblich stören, zumal es oft lange Wartezeiten bis zur Problemlösung gebe, so Meidinger weiter. Pauschalforderungen nach einer flä-

chendeckenden Digitalisierung deutscher Schulen nannte der DPhV-Chef vor diesem Hintergrund „wohlfeil“, aber wenig realitätsnah.

Die digitale Ausstattung sei weit fortgeschritten. Der Service aber liege brach. Meidinger

befürwortete zudem mehr spezifische Fortbildungsangebote für Lehrer im digitalen Bereich. Er stellte aber auch klar: „Lehrer sind technisch fit und beherrschen grundsätzlich, was

man für den Unterricht braucht.“ Computer-muffel gebe es nicht mehr.  
(08/29/13)

## Öffentlicher Gesundheitsdienst: Unterstützung für mehr Masernimpfungen

**(dbb) Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) hat Überlegungen von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr unterstützt, durch Änderungen im Infektionsschutzgesetz die Impfquote bei Masern zu erhöhen. Zugleich wies der Verband am 18. Juli 2013 darauf hin, dass dies vor dem Hintergrund knapper finanzieller und personeller Ressourcen im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) nur bedingt umsetzbar sei. „Die Durchführung von Impfbuchkontrollen und Aufklärungsarbeit in den Kindertagesstätten gehören bisher nicht in den Aufgabenbereich der Gesundheitsämter“, machte die Vorsitzende des BVÖGD, Ute Teichert-Barthel, deutlich.**

Die Ausweitung der Impfberatung auch in den Kindertagesstätten könne ein wichtiger Baustein für ein umfassendes Präventionskonzept sein. Auch durch ein kombiniertes Untersuchungs- und Impfangebot sei eine Steigerung der Impfquoten möglich. „Kinder und Jugendliche erreicht man am besten in ihrem direkten Lebensumfeld, also in Kindertagesstätten und Schulen. Dies gilt nicht zuletzt für Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder Kinder mit Migrationshintergrund“, so die BVÖGD-Vorsitzende. „Dafür ist jedoch eine Kehrtwende von allen Beteiligten notwendig. Vor allem müssen finanzielle Ressourcen auch von Seiten

der Krankenkassen, Länder und Kommunen für die Gesundheitsämter zur Verfügung gestellt werden.“

Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte im ÖGD ist seit Jahren rückläufig. Nach den neuesten Zahlen der Bundesärztekammer sind im gesamten Bundesgebiet im Jahr 2012 nur noch 2.370 Ärzte - gerade einmal 0,7 Prozent aller berufstätigen Mediziner in Deutschland - in den Gesundheitsämtern tätig.  
(09/29/13)

## Neue Aufgabenverteilung im VRB

**(dbb) Am 22. Juli 2013 hat sich der Vorstand des Vereins der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) in München getroffen, um über die Fortsetzung der Verbandsarbeit nach dem Rücktritt des ehemaligen Vorsitzenden Thomas Kappl zu beraten. Kappl hatte sein Amt Anfang Juni 2013 aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung gestellt.**

Unter Leitung der Geschäftsführerin Diana Böttger diskutierten die Vorstandsmitglieder insbesondere über die Vertretung des VRB in den verbandspolitischen Gremien und über „den neuen Zuschnitt bei der Aufgabenerledigung“, wie der VRB mitteilte.

Diana Böttger erklärte, sie als Geschäftsführerin habe zunächst und bis auf Weiteres kommissarisch den Vorsitz übernommen. Die Vertretung des VRB in den Gremien des dbb und des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR)

müsse allerdings „vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Verbandsarbeit angepasst werden“. Deshalb werde sie künftig, so Böttger, von Kassenführerin Katja Maßenberg als Vorstandsmitglied bei der Terminwahrnehmung in Angelegenheiten des dbb und des BDR sowie vom Schriftleiter des VRB Aktuell, Dirk Eickhoff, in der Geschäftsführung und in der Öffentlichkeitsarbeit wesentlich unterstützt.  
(10/29/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) In einer langen und kontrovers geführten Verhandlungsrunde am 24. Juli 2013 konnte der **dbb** erfolgreich einen Haustarifvertrag für die Kolleginnen und Kollegen im Rettungsdienst Märkisch-Oderland abschließen. Wie unter der Überschrift „Gutes Ergebnis“ weiter mitgeteilt wurde, sieht der Haustarifvertrag die dynamische Anbindung an den TVöD vor. Das bedeutet, dass künftig die Gehaltstabellen und Zuschläge des öffentlichen Dienstes gelten. Die Tabellen gelten sofort in voller Höhe ohne eine schrittweise Heranführung. An jeder Erhöhung, die für Bund und Kommunen verhandelt wird, nehmen die Beschäftigten eins zu eins teil. Es konnte eine volle dynamische Ankopplung erreicht werden. Gleichzeitig werden Besonderheiten des Rettungsdienstes berücksichtigt. Die bestehenden Schichtmodelle sind auch unter dem neuen Tarifvertrag möglich. Die Einigung tritt ab 1. September 2013 in Kraft.

In der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird erneut kräftig umorganisiert. Nicht nur die Umstellung auf die E-Akte, auch die aktuellen Fachkonzepte sehen viele Änderungen vor. Größtes Projekt ist die Umorganisation der Arbeitsagenturen unter der Überschrift NEO. Das Ziel der BA: „Performancegewinne“ und mehr Flexibilität. Nun haben die dbb-Gewerkschaften GdS und vbba Teilhabe an diesen „Performancegewinnen“ gefordert. Unter der Überschrift „Wo bleibt unser Anteil?“ heißt es in der Mitglieder-Info vom 24. Juli 2013: „Die Kolleginnen und Kollegen der BA, die jetzt schon gut arbeiten, sollen künftig noch bessere Leistung erbringen bei geringeren Kosten. Die Umorganisationen erfolgen immer schneller. Oft sind die vorangegangenen Änderungen noch nicht einmal richtig umgesetzt. Ohne eine ausreichende Erprobung wird einfach so getan, als sei alles in Ordnung. ‚Viele Beschäftigte verstehen die dauernden Änderungen nicht mehr und fühlen sich alleine gelassen‘, erklärt **Siglinde Hasse**, Verhandlungsführerin und stellvertretende Vorsitzende der Bundestarifkommission, die Sorgen der Mitarbeiter. Die nächste Verhandlungsrunde ist erst im Oktober. Also noch viel Zeit für die Arbeitgeberseite, sich mit unseren berechtigten Fragen auseinanderzusetzen!“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) lehnt die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizisten weiter ab. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte der

„Welt“ (Ausgabe vom 24. Juli 2013), er halte die Diskussion für „überflüssig“: „Es hat noch nie einen Fall gegeben, in dem wir gegen einen Beamten nicht ermitteln konnten.“ Die Einheiten seien doch gekennzeichnet. „Wenn sich jemand falsch verhält, dann finden wir ihn auch“, sagte Wendt. Die Forderung nach einer individuellen Kennzeichnungspflicht bezeichnete er als „ideologischen Blödsinn“, der zudem zu einem hohen Verwaltungsaufwand führe. In Berlin sind Polizisten seit 2011 durch Nummern- oder Namensschilder gekennzeichnet. Auch in anderen Bundesländern wird über Nummern an Polizeiuniformen diskutiert.

Nachdem das Kultusministerium Baden-Württemberg den Einsatz sozialer Netzwerke an Schulen mit Hinweis auf den Datenschutz stark eingeschränkt hat, wird über Für und Wider der Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern via Facebook diskutiert. Der Deutsche Philologenverband (DPHV) kritisierte das strenge Vorgehen. „Ein Facebook-Verbot ist weltfremd und nicht hilfreich“, sagte der DPHV-Bundesvorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** zu BILD.de. (25. Juli 2013) „Mit Geboten oder Verboten ist es nicht getan.“ Facebook und soziale Netzwerke müssten vielmehr Unterrichtsgegenstand sein, etwa der Umgang mit Datenschutz und die Verantwortung von Schülern gegenüber Mitschülern. Lehrer müssten allerdings einen sensiblen Umgang mit Facebook pflegen, dürften Privates und Dienstliches nicht vermischen, sagte Meidinger. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 25. Juli 2013) forderte Meidinger zudem eine Arbeitsgruppe der Kultusminister, die eine bundesweit einheitliche Regelung schaffen solle.

Mehr Personal an Hochschulen und in Kindertageseinrichtungen – das hat bis Mitte 2012 zu einem Anstieg der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geführt. Wie das **Statistische Bundesamt** (Destatis) mitteilte, waren am 30. Juni 2012 rund 4,62 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig. Das waren 14 400 Personen oder 0,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Wie schon im Vorjahr kam es vor allem an Hochschulen (+ 12 700 Personen oder + 2,6 Prozent) und in Kindertageseinrichtungen (+ 9 200 Personen oder + 5,5 Prozent) zu einem Personalzuwachs. Bei den Hochschulen handelt es sich hauptsächlich um zeitlich befristete Arbeitsplätze, während bei Kitas mehr-

heitlich Personal auf Dauer eingestellt wurde. Von den 4,62 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren Mitte 2012 knapp über die Hälfte (51 Prozent) im Landesbereich - überwiegend im Bildungswesen - tätig. Auf den kommunalen Bereich entfielen rund 30 Prozent. Rund 11 Prozent waren im Bundesbereich beschäftigt und 8 Prozent bei den Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit.  
(11/29/13)

---